

20.11.2007 | 16:17 Uhr

Plusminus, das ARD-Wirtschaftsmagazin recherchierte Immobilienkrise - Wie Banken ihre Kunden verkaufen

München (ots) - Verkaufte Bankkredite treiben immer mehr Immobilieneigentümer in Zwangsversteigerungen. Der Grund: Schuldenaufkäufer, sogenannte Finanzinvestoren können ganz legal mehr als den eigentlichen Darlehenswert von Bankkunden verlangen, auch wenn diese immer ihre Raten pünktlich bezahlt haben.

Gesetzeslücke - Nur in Deutschland möglich

Was kaum ein Kreditkunde weiß: Beim Darlehensverkauf ist die ursprünglich als Sicherheit für die Bank eingeräumte Grundschuld nicht an das Darlehen gebunden, sie bleibt während der gesamten Laufzeit des Darlehens in voller Höhe bestehen. Diese Grundschuld kann unabhängig vom eigentlichen Darlehen verkauft werden, zum Beispiel an Hedgefonds. Diese können sie ad hoc und in voller Höhe einfordern! Zwangsvollstreckungsmaßnahmen von den neuen Investoren in Höhe der Grundschuld - und nicht nur in der Höhe des Darlehens abzüglich Zins und Tilgung zum Zeitpunkt des Verkaufs - sind bereits an der Tagesordnung, berichtet das ARD-Wirtschaftsmagazin Plusminus am Dienstag, 21.50 Uhr im Ersten.

Dass die Investoren nach geltendem Recht drei Jahre außerdem rückwirkend 18 Prozent auf die Grundschuld von Bankkunden einfordern dürfen, macht die Auswirkungen der Gesetzeslücke nach Aussage des Berliner Finanzrechtsexperte Prof. Hans-Peter Schwintowski dramatisch. Der Gesetzgeber müsse schnellstens reagieren, denn derzeit könnten Hedgefonds "auf diese Weise Leute von ihren Grundstücken entfernen..., die ordnungsgemäß ihre Kredite abzahlen."

"Plusminus" konkretisierte die Finanzverluste am Beispiel eines deutschen Bankkunden, dessen Kredit an einen amerikanischen Investor verkauft wurde: Statt der ursprünglich geschuldeten EUR 250.000 musste der dem Investor EUR 470.000 zurückzahlen.

Solche Opfer von Zwangsversteigerungen sind inzwischen in ganz Deutschland zu finden. Die Betroffenen verlieren nicht nur ihre Immobilien, sondern meist auch die gesamte Existenz, so Kathy Thedens, Vorsitzende der Interessengemeinschaft der Bank- und Sparkassen-kunden e.V. "Justiz und Politik müssen sofort alle Vollstreckungen bei Forderungsverkäufen stoppen, bis eindeutige gesetzliche Regelungen geschaffen sind. Es muss jetzt gehandelt werden!"

Für rund 20 Milliarden Euro haben deutsche Banken und Sparkassen Kredite an Schuldenaufkäufer, die meist keine Banken, sondern Hedgefonds sind, verkauft.

Pressekontakt:
BR Bayerischer Rundfunk
Pressestelle
Telefon: 089 / 5900 2176

Quelle:
http://www.presseportal.de/pm/7560/1088071/br_bayerischer_rundfunk